

## Bekanntmachung

Die 01. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung findet am Dienstag, den 04.01.2022 statt.

Beginn: 16:15 Uhr

Ort: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Löwenscher Saal

### Hinweis:

Die Vorgaben der aktuellen Landesverordnungen in Bezug auf die Corona-Pandemie schränken die Teilnahme der Öffentlichkeit an der Sitzung ein. Um dem Informations- und Kontrollrecht der Öffentlichkeit nach Kommunalverfassung M-V zu entsprechen, besteht neben der Möglichkeit der Teilhabe am öffentlichen Teil der Sitzung für Pressevertreter die Teilhabe weiterer Gäste unter folgenden Bedingungen:

- die Teilnehmerzahl ist aufgrund der Abstandsregelung begrenzt
- die Sitzplätze sind im Abstand von mindestens 1,5 Metern zueinander angeordnet
- das Tragen von medizinischen bzw. FFP2 Masken im Rathaus ist vorgeschrieben
- die Angabe der Kontaktdaten (Name, Vorname, Anschrift, Telefonnummer) ist verpflichtend, diese unterliegen einer Plausibilitätsprüfung

Weitere Einschränkungen / Änderungen bleiben vorbehalten.

Ausdrücklich erfolgt der Hinweis, dass Personen, die erkrankt sind oder Symptome einer Erkrankung (insb. Fieber, Husten) aufweisen, nicht zur Sitzung erscheinen.

### Tagesordnung:

#### Öffentlicher Teil

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 07. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung am 16.11.2021
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
  - 4.1 Bewerbung "Jugend entscheidet"  
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI  
Vorlage: AN 0200/2021
  - 4.2 Beteiligung stärken  
Einreicher DIE LINKE  
Vorlage: AN 0264/2019
- 5 Verschiedenes

### Nichtöffentlicher Teil

- 6 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 7 Beratung zu aktuellen Themen
- 8 Verschiedenes

### Öffentlicher Teil

- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez. Maik Hofmann  
Vorsitzender

# TOP Ö 2

Hansestadt Stralsund  
Ausschuss für Bildung, Hochschule und Digitalisierung

Niederschrift  
der 07. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung

Sitzungsdatum: Dienstag, den 16.11.2021  
Beginn: 16:15 Uhr  
Ende: 16:49 Uhr  
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

## **Anwesend:**

### Vorsitzende/r

Herr Maik Hofmann

### stellv. Vorsitzende/r

Frau Heike Corinth

Frau Christa Labouvie

### Mitglieder

Herr Thomas Haack

Herr Jens Kühnel

Herr Mathias Miseler

Herr Steffen Ritschel

Frau Kathrin Ruhnke

### Vertreter

Herr Jonathan Göbel

Vertretung für Herrn Maximilian Schwarz

### Protokollführer

Frau Cinderella Littmann

### von der Verwaltung

Frau Dr. Sonja Gelinek

Frau Madlen Zicker

## **Tagesordnung:**

- 1** Bestätigung der Tagesordnung
- 2** Bestätigung der Niederschrift der 05. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung vom 14.09.2021
- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1** Information der Bürgerschaft über Ausfallzeiten, Lehrerberbedarf, Sozialarbeiter und Schulabbrecher an Stralsunder Schulen  
Einreicher: Michael Adomeit, Gerd Riedel  
Vorlage: AN 0037/2019
- 4.2** Beteiligung stärken  
Einreicher DIE LINKE  
Vorlage: AN 0264/2019
- 5** Verschiedenes
- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

#### **zu 1 Bestätigung der Tagesordnung**

Die vorliegende Tagesordnung wird ohne Änderungen/Ergänzungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen                      0 Gegenstimmen                      0 Stimmenthaltungen

#### **zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 05. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung vom 14.09.2021**

Frau Dr. Carstensen bittet darum, dass die Präsentation des Sommercamps aus der letzten Sitzung der Niederschrift beigelegt wird.

Die Niederschrift der 05. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung wird der genannten Ergänzung bestätigt.

Abstimmung:                      8 Zustimmungen                      0 Gegenstimmen                      1 Stimmenthaltung

#### **zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen**

Es liegen keine Beschlussvorlagen zur Beratung im öffentlichen Teil der Sitzung vor.

#### **zu 4 Beratung zu aktuellen Themen**

##### **zu 4.1 Information der Bürgerschaft über Ausfallzeiten, Lehrerbedarf, Sozialarbeiter und Schulabbrecher an Stralsunder Schulen Einreicher: Michael Adomeit, Gerd Riedel Vorlage: AN 0037/2019**

Der Ausschussvorsitzende gibt einführende Worte in das Thema.

Herr Hofmann weist daraufhin, dass das Thema Ausfallzeiten an Schulen, Lehrerbedarf, Sozialarbeiter und Schulabbrecher in den Kompetenzbereich des Landkreises Vorpommern-Rügen fällt. Er informiert, dass die Leiterin des Schulamtes, Frau Vierkant, den heutigen Termin nicht wahrnehmen kann und stellt zur Diskussion, wie mit dem Tagesordnungspunkt verfahren werden soll.

Frau Dr. Gelinek regt an, eine erneute schriftliche Anfrage mit konkreten Fragestellungen an die Schulamtsleiterin zu formulieren und sie zu der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung einzuladen.

Frau Corinth berichtet aus eigener Erfahrung. Dabei erläutert sie, dass in der Regel Vertretungstunden stattfinden und daher die Zahlen des tatsächlichen Ausfalls sehr gering sind.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, da das Thema nicht dem direkten Kompetenzbereich der Hansestadt Stralsund unterliegt, dass sich die Fraktionen bei Bedarf direkt an die zuständigen Landtagsabgeordneten wenden. Die Mitglieder des Ausschusses stimmen dem

einstimmig zu. Der Antrag AN 0037/2019 ist somit abgelehnt. Der Präsident der Bürgerschaft wird entsprechend informiert.

Herr Hofmann schließt den Tagesordnungspunkt.

**zu 4.2      Beteiligung stärken**  
**Einreicher DIE LINKE**  
**Vorlage: AN 0264/2019**

Frau Labouvie berichtet von einer Klausurtagung der Fraktion DIE LINKE, welche im Oktober in Wismar stattfand. Es kam bei den Gesprächen auch zu einem Austausch über das Kinder- und Jugendparlament der Hansestadt Wismar. Im Hinblick auf die bereits genannten Wortmeldungen der Ausschussmitglieder aus den vergangenen Sitzungen, ist zu bestätigen, dass die Hansestadt Wismar ebenfalls das Engagement sowie die Eigeninitiative von den Kinder- und Jugendlichen erwartet. Das Jugendparlament in Wismar konnte wieder etabliert werden, jedoch nur mit viel Mühe. Sie weist darauf hin, dass aufgrund der Altersgruppe der Kinder- und Jugendlichen kontinuierlich immer neue Parlamente gebildet werden müssen, da z.B. die sehr aktiven und engagierten Schüler/innen die Schule verlassen und neue Wege gehen.

Positiv aus dem Gespräch ging hervor, dass die Kinder und Jugendlichen in Hinblick auf die Gestaltung und Planung unterschiedlicher Jugendtreffpunkte äußerst engagiert mitgearbeitet haben.

Herr Hofmann bittet Frau Dr. Gelinek um eine kurze Stellungnahme.

Frau Dr. Gelinek hält fest, dass eine Arbeitsgruppe gut begleitet werden muss. Hier verweist sie auf den Abschlussbericht der AG "Kinder- und Jugendbeteiligung" Neubrandenburg. Der Abschlussbericht wird dem Protokoll als Anlage beigefügt. Weiterhin berichtet sie vom aktuellen Jugendarbeitsprojekt innerhalb der Stadtteilarbeit, welches aus dem Strategiefond des Landes M-V finanziert wird. Es konnten Kinder als auch Jugendliche für das Projekt begeistert werden. Frau Dr. Gelinek schlägt vor, das Endergebnis des Projektes „Stadtteildetektive“ als Film dem Ausschuss für Bildung, Hochschule und Digitalisierung sowie der Bürgerschaft zu präsentieren.

Herr Haack merkt an, dass für die Errichtung des Kinder- und Jugendparlaments eine gewisse Eigeninitiative der Jugendlichen erforderlich ist, welche derzeit nicht vorhanden ist.

Frau Dr. Gelinek hofft, den Kontakt zu den Jugendlichen aus dem Projekt halten zu können. Um das Kinder- und Jugendparlament zu bilden, benötigt es ihrer Meinung nach zunächst eine gewisse Beteiligungsarbeit.

Herr Hofmann betont, dass er die Errichtung einer Arbeitsgruppe als sehr positiv empfindet. Aus seiner beruflichen Erfahrung berichtet er, dass es bei den Jugendlichen an politischem Interesse fehlt.

Herr Ritschel berichtet, dass auch er ein gewisses Desinteresse bei den Jugendlichen verspürt bzw. wenig Wissen über die Politik vorhanden ist. In Vertretung seiner Fraktion regt er an, eine Personalstelle für politische Bildung an den Schulen zu errichten, um das politische Interesse bei den Jugendlichen zu erwecken und perspektivisch zu erhöhen. Zeitgleich könnten Unterrichtsausfälle kompensiert werden. Ein Förderprogramm für eine solche Stelle konnte jedoch bislang nicht eruiert werden.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Carstensen teilt Frau Dr. Gelinek mit, dass das Gespräch mit den Schulsprechern vor den Sommerferien vertagt wurde. Ein Termin mit den neu gewählten Schulsprechern findet in der kommenden Woche statt.

Frau Labouvie empfiehlt die Federführung einer solchen Arbeitsgruppe der Verwaltung zu übertragen. Sie schlägt vor, dass jede Sitzung der Arbeitsgruppe durch ein Mitglied des Ausschusses unterstützt werden könnte.

Frau Dr. Gelinek verweist darauf, dass die Errichtung der Arbeitsgruppe seitens der Verwaltung eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen würde. Neben der Beantragung von Fördermitteln, müssten ebenfalls personelle Kapazitäten geschaffen werden.

Die Ausschussmitglieder sind sich einig, dass die Arbeitsgruppe bestenfalls ehrenamtlich geführt wird.

Frau Labouvie möchte das Thema mit dem neuen Kenntnisstand in ihrer Fraktion beraten.

Herr Ritschel bietet seine Mithilfe für die Arbeitsgruppe an.

Die Ausschussmitglieder beschließen einstimmig, dass der Antrag AN 0264/2021 zur Beratung zurück in die Fraktion gestellt wird.

Der Ausschussvorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt.

## **zu 5        Verschiedenes**

Der Ausschussvorsitzende informiert die Mitglieder zunächst über die Einladung des Vereins zur Förderung der gesellschaftlichen Innovationen e.V. Die Mitglieder des Ausschusses erhalten eine Kopie der Einladung, welche dem Protokoll angefügt wird.

Herr Ritschel erkundigt sich, ob Veränderungen für die Ausschusssitzungen, in Anbetracht der pandemischen Entwicklung, geplant sind. Die Mitglieder des Ausschusses halten fest, dass bis auf weiteres das bisherige Hygienekonzept fortgeführt wird. Sofern Änderungen vorliegen, wird der Gremiendienst entsprechend informieren. Herr Hofmann weist daraufhin, dass der Ausschuss für Bildung, Hochschule und Digitalisierung zu einem früheren Zeitpunkt eine Onlinesitzung ausnahmslos ausgeschlossen hat.

Herr Hofmann stellt fest, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung kein Redebedarf besteht. Aus diesem Grund entfallen die restlichen Tagesordnungspunkte.

Herr Hofmann bedankt sich für die Mitarbeit und beendet die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung.

gez. Maik Hofmann  
Vorsitzender

gez. Cinderella Littmann  
Protokollführung

**Titel: Bewerbung "Jugend entscheidet"**  
**Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**

Federführung:	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI	Datum:	07.12.2021
Einreicher:	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI		

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	16.12.2021	

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, den Oberbürgermeister damit zu beauftragen, am Bewerbungsverfahren des Projektes „Jugend entscheidet“, als Beteiligungsinstrument junger Menschen an kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen, teilzunehmen.

Begründung:

Die gemeinnützige Hertie-Stiftung ruft Gemeinden unter 100.000 Einwohner\*innen dazu auf, sich am Bewerbungsverfahren ihres Projektes „Jugend entscheidet“ zu beteiligen. 2022 haben 15 Kommunen die Chance, bei der Implementierung von Instrumenten der Jugendbeteiligung begleitet zu werden, sodass explizit auf die jeweiligen Städte zugeschnittene Verfahren entwickelt werden können, um die Jugendlichen in kommunalpolitische Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen.

So heißt es auf der Webseite:

„Unsere Kommunen lassen in einem gut durchdachten Verfahren Jugendliche zwischen 12 und 17 Jahren über ein konkretes lokalpolitisches Thema entscheiden. Schließlich zeigt die Erfahrung, dass junge Menschen sich oft lieber auf Zeit für klar umrissene Themen einsetzen, als sich langfristig an politische Organisationen zu binden. Erfahrene Prozessbegleitungen beraten dabei die Kommunalpolitik und die Verwaltung über Monate hinweg. Unser Kooperationspartner „Politik zum Anfassen e.V.“ unterstützt die Jugendlichen bei der Entscheidungsfindung.“

Einsendeschluss der Bewerbungen ist der 10. Februar 2022.

Jürgen Suhr  
Fraktionsvorsitzender

# TOP Ö 4.1

Hansestadt Stralsund  
Der Oberbürgermeister  
Büro des Präsidenten der  
Bürgerschaft/Gremiendienst

## Beschluss der Bürgerschaft

**Zu TOP: 9.10**

**Bewerbung "Jugend entscheidet"**

**Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**

**Vorlage: AN 0200/2021**

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Verweisung des Antrags AN 0200/2021 zur Beratung in den Ausschuss für Bildung, Hochschule und Digitalisierung mit folgendem Wortlaut:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, am Bewerbungsverfahren des Projektes „Jugend entscheidet“, als Beteiligungsinstrument junger Menschen an kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen, teilzunehmen.

Beschluss-Nr.: 2021-VII-10-0719

Datum: 16.12.2021

Im Auftrag

gez. Kuhn

# TOP Ö 4.1

## **Auszug aus der Niederschrift über die 10. Sitzung der Bürgerschaft am 16.12.2021**

**Zu TOP: 9.10**

**Bewerbung "Jugend entscheidet"**

**Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI**

**Vorlage: AN 0200/2021**

Frau Kümpers begründet das Anliegen des Antrages. Sie geht darauf ein, dass das Ziel die Einbeziehung der Kinder und Jugendlichen in die Entscheidungsprozesse ist und nach ihrer Auffassung der Wille zur Beteiligung bei der Zielgruppe vorhanden ist. Vorteil für die Hansestadt Stralsund ist zudem, dass das Projekt finanziell gefördert wird.

Herr Hofmann weist darauf hin, dass es seitens der Bürgerschaft mehrfache Versuche gab und gibt, die Kinder und Jugendlichen einzubeziehen. Die Erfahrungen zeigen, auch aktuell, dass die Resonanz sehr gering ist. Er geht auf die derzeitigen Beratungen zur Thematik im Ausschuss für Bildung, Hochschule und Digitalisierung ein und verweist auf die Schwierigkeiten, Kinder und Jugendliche mit dem Vorhaben zu erreichen. Zudem ist zu beachten, dass die hauptsächliche Zuständigkeit der Kinder- und Jugendarbeit beim Landkreis VR liegt. Insgesamt bewertet die Fraktion Bürger für Stralsund den neuerlichen Versuch eher skeptisch und wird den Antrag daher ablehnen.

Für die Fraktion DIE LINKE erklärt Frau Fot, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als ein wichtiger Aspekt erachtet wird, dem Antrag steht die Fraktion positiv gegenüber und sie signalisiert Zustimmung.

Zum Beitrag von Herrn Hofmann nimmt Frau Kindler Stellung. Sie stimmt zu, dass die Kinder und Jugendlichen sehr schwer zu erreichen sind. Gerade deshalb sieht Frau Kindler in dem vorliegenden Antrag die Möglichkeit, bei professioneller Begleitung zu besseren Ergebnissen als bisher zu gelangen.

Herr Dr. Zabel geht ebenfalls auf die wiederholte Befassung mit dem Versuch einer stärkeren Beteiligung der Kinder und Jugendlichen und die eher dürftigen Ergebnisse ein. Die Wichtigkeit der Thematik ist unumstritten, insofern wird der nun vorliegende Ansatz unterstützt. Herr Dr. Zabel regt an, den Antrag im Kontext zu betrachten und im Zusammenhang aller bisherigen und aktuellen Beratungen ebenfalls im zuständigen Ausschuss zu behandeln. Entsprechend stellt er den Antrag zur Verweisung in den Ausschuss für Bildung, Hochschule und Digitalisierung.

Herr Paul stellt den vorliegenden Antrag auf Verweisung zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Verweisung des Antrags AN 0200/2021 zur Beratung in den Ausschuss für Bildung, Hochschule und Digitalisierung mit folgendem Wortlaut:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, am Bewerbungsverfahren des Projektes „Jugend entscheidet“, als Beteiligungsinstrument junger Menschen an kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen, teilzunehmen.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen  
2021-VII-10-0719

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 17.12.2021

**Titel: Beteiligung stärken**  
**Einreicher DIE LINKE**

Federführung: Fraktion DIE LINKE	Datum: 12.12.2019
Einreicher: Kühl, Andrea	

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Änderungsantrag zum TOP:9.8

### **Beschlussvorschlag:**

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beauftragt den Ausschuss für Bildung, Hochschule und Digitalisierung einen Erfahrungsaustausch mit unserer Weltkulturerbe Partnerstadt Wismar durchzuführen, zum Thema:

Kinder und Jugendparlament als offizielle Interessenvertretung der Kinder und Jugendlichen.

Im Ergebnis des Erfahrungsaustausches ist der Bürgerschaft ein Vorschlag einer möglichen Form der Interessenvertretung der Kinder- und Jugendlichen in Stralsund zu unterbreiten.

### **Begründung:**

Unsere Weltkulturerbe Partnerstadt verfügt hier über langjährige gute Erfahrungen. Das Kinder- und Jugendparlament (KiJuPa) versteht sich als Interessenvertretung der Wismarer Kinder und Jugendlichen. Alle zwei Jahre finden Wahlen statt. Die Mitglieder verfügen über einen Etat von jährlich 10 000 Euro, um gemeinsam Projekte für Kinder und Jugendliche auf die Beine zu stellen, zu unterstützen und Wismar so attraktiver für die 9- bis 19-Jährigen zu gestalten.

Im Rahmen des Schwedenfestes in Wismar fand in diesem Jahr die Deutsch-Schwedische Kinder- und Jugendkonferenz in Wismar statt. Dort wurde über Kinderrechte und Ungerechtigkeiten, Wünsche und Vorstellungen diskutiert. An drei Tagen haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmern erfahren, wie Kinderrechte in Deutschland und in Schweden umgesetzt werden und wie Kinder und Jugendliche beteiligt werden können. Diese Erfahrungen könnten auch Stralsund gilt es mit zu nutzen.

Die Bürgerschaft hat bereits am 27. Oktober 2011 beschlossen, dass es in Wismar ein KiJuPa geben soll.

Das KiJuPa befindet sich derzeit in Ihrer 5. Legislatur Periode



# TOP Ö 4.2

Hansestadt Stralsund  
Der Oberbürgermeister  
Büro des Präsidenten der  
Bürgerschaft/Gremiendienst

## Beschluss der Bürgerschaft

**Zu TOP : 9.8**

**Änderungsantrag zum Antrag AN 0254/2019 - Beteiligung stärken**

**Einreicher DIE LINKE**

**Vorlage: AN 0264/2019**

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beauftragt den Ausschuss für Bildung, Hochschule und Digitalisierung einen Erfahrungsaustausch mit unserer Weltkulturerbe Partnerstadt Wismar durchzuführen,  
zum Thema:

Kinder und Jugendparlament als offizielle Interessenvertretung der Kinder und Jugendlichen.

Im Ergebnis des Erfahrungsaustausches ist der Bürgerschaft ein Vorschlag einer möglichen Form der Interessenvertretung der Kinder- und Jugendlichen in Stralsund zu unterbreiten.

Beschluss-Nr.: 2019-VII-05-0166

Datum: 12.12.2019

Im Auftrag

gez. Kuhn

# TOP Ö 4.2

## **Auszug aus der Niederschrift über die 05. Sitzung der Bürgerschaft am 12.12.2019**

**Zu TOP :**

**Beteiligung stärken**

**Einreicher DIE LINKE**

**Vorlage: AN 0264/2019**

Frau Corinth begründet den Antrag AN 0254/2019 ausführlich. Sie hebt die Notwendigkeit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen hervor. Dies trägt zum Zusammenhalt in der Gesellschaft bei. Frau Corinth betont, dass der Antrag bewusst auf kein konkretes Format festgelegt ist. Diese Entscheidung soll zusammen mit den Kindern und Jugendlichen getroffen werden.

Frau Bartel begründet den Änderungsantrag AN 0262/2019 der Fraktion SPD. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wird seit Jahren angestrebt. Frau Bartel stellt fest, dass die Jugendlichen heute viel engagierter und selbstbewusster sind, sich gesellschaftspolitisch einzubringen.

Frau Bartel betont die Wichtigkeit, dass die Bürgerschaft sich der Thematik annimmt. Sie verweist auf den vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. Diesem wird die Fraktion SPD zustimmen. Aus diesem Grund zieht Frau Bartel den Antrag AN 0262/2019 zurück.

Zum Antrag der Fraktion CDU/FDP merkt sie an, dass dieser zu offen formuliert ist.

Frau Kühl begründet den Änderungsantrag AN 0264/2019 der Fraktion DIE LINKE. Auf den Erfahrungen der Hansestadt Wismar kann aufgebaut werden.

Frau Ehlert begrüßt das Ansinnen, Kinder und Jugendliche in die politische Arbeit einzubeziehen. Sie bestätigt, dass eine andere Generation herangewachsen ist und neue Wege gegangen werden müssen. Daher wird sich die Fraktion Bürger für Stralsund dem Antrag der Fraktion DIE LINKE anschließen.

Frau Kümpers stimmt zu, dass das Interesse an Politik bei den Jugendlichen gewachsen ist.

Herr Dr. Zabel betont, dass der Antrag AN 0254/2019 bewusst offen formuliert wurde. Er erinnert an die vielfältigen Formate, die gewählt werden könnten. Mit dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE würde eine Konkretisierung auf ein Kinder- und Jugendparlament erfolgen.

Frau Kühl erklärt, dass die Begrifflichkeit zur Beteiligung der Kinder und Jugendlichen nicht festgelegt ist. Es zählt, Kinder und Jugendliche zu motivieren, sich am gesellschaftlichen Leben aktiv zu beteiligen.

Herr Dr. Zabel betont, dass von Seiten der Fraktion CDU/FDP eine Beteiligung gewollt ist. Jedoch nicht die Festlegung auf ein konkretes Format als Zielrichtung. Das Ziel soll nicht von oben vorgegeben werden.

Der Präsident stellt den Änderungsantrag AN 0264/2019 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beauftragt den Ausschuss für Bildung, Hochschule und Digitalisierung einen Erfahrungsaustausch mit unserer Weltkulturerbe Partnerstadt Wismar durchzuführen,

zum Thema:

Kinder und Jugendparlament als offizielle Interessenvertretung der Kinder und Jugendlichen.

Im Ergebnis des Erfahrungsaustausches ist der Bürgerschaft ein Vorschlag einer möglichen Form der Interessenvertretung der Kinder- und Jugendlichen in Stralsund zu unterbreiten.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

Beschluss-Nr.: 2019-VII-05-0166

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i. A. Steffen Behrendt

Stralsund, 19.12.2019

# TOP Ö 4.2

## **Auszug aus der Niederschrift über die 01. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung am 21.01.2020**

**Zu TOP: 4.4**

**Beteiligung stärken**

**Einreicher DIE LINKE**

**Vorlage: AN 0264/2019**

Frau Labouvie informiert zur Idee des Antrages. Sie schlägt vor, ein Treffen mit dem Fachausschuss aus Wismar zu planen.

Herr Hofmann regt an, erst einmal eine Meinungsbildung innerhalb des Ausschusses durchzuführen.

Herr Bernhardt erachtet es als sinnvoll, den Kreisschülerrat mit einzubeziehen und einen Vertreter zu einer Beratung hier im Ausschuss einzuladen. Der Kreisschülerrat muss seine Willensbildung einbringen.

Er informiert weiter, dass die Bürgerschaft in Wismar dem Kinder- und Jugendparlament 10T€ Budget zur freien Verfügung eingeräumt hat. Eine Wahl des Kinder- und Jugendparlaments erfolgt dort an allen weiterführenden Schulen. Die Vertreter haben ständiges Rederecht im Fachausschuss und ein Antrags- und Rederecht in der Bürgerschaft. Die Betreuung im Bürgerschaftsbüro war sehr gut. Diese Aufgabe wurde an den Kreisjugendring abgegeben. Dort gibt es eine geförderte hauptamtliche Stelle. Die Betreuung lief dort jedoch nicht so gut.

Herr Hofmann schlägt vor, das Thema am 17.03.2020 auf die Tagesordnung zu setzen. Eine Einladung soll an alle Schülervereine übersandt werden. Es soll darum gebeten werden, dass eine Aussage getroffen wird, welche Art von Kinder- und Jugendparlament in der jeweiligen Schule gewünscht ist.

Frau Labouvie schlägt vor, einen Vertreter aus Wismar dazu einzuladen, um von den Erfahrungen zu profitieren.

Herr Hofmann gibt zu bedenken, dass so schon ein Weg vorgegeben würde. Es sollten sich erst einmal die Ideen der Schülervereine angehört werden.

Frau Corinth bittet darum, Herrn Spranger als Stadtteilvertreter über die Stadterneuerungsgesellschaft mbH einzuladen.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Constanze Schütt

Stralsund, 28.01.2020

# TOP Ö 4.2

## **Auszug aus der Niederschrift über die 01. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung am 02.03.2021**

### **Zu TOP : 5 Verschiedenes**

Herr Hofmann nimmt Bezug auf die Beteiligung von Jugendlichen an politischen Prozessen. Mit der Geschäftsführung des Ausschusses wurde speziell der 01.06.2021 als Zielsetzung für eine Einladung thematisiert. Über die sozialen Medien bedarf es jedoch einen neuen Versuch, die Teilhabe von Jugendlichen an politischen Vorgängen zu stärken.

Frau Dr. Gelinek merkt an, dass eine Beteiligung von Jugendlichen immer ein Prozess sei. Sie bittet daher darum, im Vorfeld eine Aufklärungsarbeit zu leisten. Ohne Vorbereitungen wirke solch ein Schritt eher abschreckend.

Frau Lavouvie verweist auf die bereits besprochenen Fragen von Frau Dr. Brückner von der Hochschule Stralsund und bittet darum, diese zu verwenden.

Herr Hofmann stimmt Frau Dr. Gelinek zu und empfiehlt dem Ausschuss, eine strukturiertere Arbeit im Vorfeld zu leisten. Ein deutliches Signal an die Jugendlichen zur politischen Mitnahme wäre hierbei wünschenswert.

Frau Lavouvie teilt dazu mit, dass eine Teilhabe an Ausschusssitzungen für Jugendliche zuallererst eine Hemmschwelle darstellt. Um einer Überforderung vorzubeugen, sei es notwendig, auf die Jugendlichen zu zugehen.

Frau Corinth bittet diesbezüglich um weitere Ideensammlungen. Weiterhin merkt sie an, dass von Seiten der Schule die Teilhabe nicht förderlich kommuniziert worden sei. In den entsprechenden Schulleiterrunden bittet sie Frau Dr. Gelinek, das Projekt vorzustellen.

Auf Nachfrage von Frau Corinth erläutert Frau Dr. Gelinek, dass die fachliche Zuständigkeit beim Landkreis Vorpommern-Rügen liegt. Sie verweist daher auf eine Einladung des zuständigen Fachbereichs.

Herr Liesener bittet um eine Entwicklung eines Fragenkatalogs, welcher vorab über die Schülervvertretung den Jugendlichen zur Verfügung gestellt werden würde. Des Weiteren teilt Herr Liesener mit, dass er die Teilhabe von Jugendlichen an politischen Prozessen im Kreistag thematisieren wird. Vielleicht sei es sogar möglich, den Kreisschülerrat mitzubinden.

Frau Dr. Gelinek gibt bekannt, dass sie eine Einladung zur Videokonferenz an alle Schülervvertretungen der Hansestadt Stralsund versendet hat. Sie bietet an, während der Sitzung die Wünsche der Jugendlichen zu erfragen und diese Erkenntnisse dann dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

Herr Hofmann bedankt sich für die Anregungen und schließt den Tagesordnungspunkt.

Da es im nichtöffentlichen Teil der Sitzung keinen Redebedarf gibt, entfallen die restlichen Tagesordnungspunkte.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Madlen Zicker

Stralsund, 06.04.2021

# TOP Ö 4.2

## **Auszug aus der Niederschrift über die 07. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung am 16.11.2021**

**Zu TOP: 4.2**

**Beteiligung stärken**

**Einreicher DIE LINKE**

**Vorlage: AN 0264/2019**

Frau Labouvie berichtet von einer Klausurtagung der Fraktion DIE LINKE, welche im Oktober in Wismar stattfand. Es kam bei den Gesprächen auch zu einem Austausch über das Kinder- und Jugendparlament der Hansestadt Wismar. Im Hinblick auf die bereits genannten Wortmeldungen der Ausschussmitglieder aus den vergangenen Sitzungen, ist zu bestätigen, dass die Hansestadt Wismar ebenfalls das Engagement sowie die Eigeninitiative von den Kinder- und Jugendlichen erwartet. Das Jugendparlament in Wismar konnte wieder etabliert werden, jedoch nur mit viel Mühe. Sie weist darauf hin, dass aufgrund der Altersgruppe der Kinder- und Jugendlichen kontinuierlich immer neue Parlamente gebildet werden müssen, da z.B. die sehr aktiven und engagierten Schüler/innen die Schule verlassen und neue Wege gehen.

Positiv aus dem Gespräch ging hervor, dass die Kinder und Jugendlichen in Hinblick auf die Gestaltung und Planung unterschiedlicher Jugendtreffpunkte äußerst engagiert mitgearbeitet haben.

Herr Hofmann bittet Frau Dr. Gelinek um eine kurze Stellungnahme.

Frau Dr. Gelinek hält fest, dass eine Arbeitsgruppe gut begleitet werden muss. Hier verweist sie auf den Abschlussbericht der AG "Kinder- und Jugendbeteiligung" Neubrandenburg. Der Abschlussbericht wird dem Protokoll als Anlage beigefügt. Weiterhin berichtet sie vom aktuellen Jugendarbeitsprojekt innerhalb der Stadtteilarbeit, welches aus dem Strategiefond des Landes M-V finanziert wird. Es konnten Kinder als auch Jugendliche für das Projekt begeistert werden. Frau Dr. Gelinek schlägt vor, das Endergebnis des Projektes „Stadtteildetektive“ als Film dem Ausschuss für Bildung, Hochschule und Digitalisierung sowie der Bürgerschaft zu präsentieren.

Herr Haack merkt an, dass für die Errichtung des Kinder- und Jugendparlaments eine gewisse Eigeninitiative der Jugendlichen erforderlich ist, welche derzeit nicht vorhanden ist.

Frau Dr. Gelinek hofft, den Kontakt zu den Jugendlichen aus dem Projekt halten zu können. Um das Kinder- und Jugendparlament zu bilden, benötigt es ihrer Meinung nach zunächst eine gewisse Beteiligungsarbeit.

Herr Hofmann betont, dass er die Errichtung einer Arbeitsgruppe als sehr positiv empfindet. Aus seiner beruflichen Erfahrung berichtet er, dass es bei den Jugendlichen an politischem Interesse fehlt.

Herr Ritschel berichtet, dass auch er ein gewisses Desinteresse bei den Jugendlichen verspürt bzw. wenig Wissen über die Politik vorhanden ist. In Vertretung seiner Fraktion regt er an, eine Personalstelle für politische Bildung an den Schulen zu errichten, um das politische Interesse bei den Jugendlichen zu erwecken und perspektivisch zu erhöhen. Zeitgleich könnten Unterrichtsausfälle kompensiert werden. Ein Förderprogramm für eine solche Stelle konnte jedoch bislang nicht eruiert werden.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Carstensen teilt Frau Dr. Gelinek mit, dass das Gespräch mit den Schulsprechern vor den Sommerferien vertagt wurde. Ein Termin mit den neu gewählten Schulsprechern findet in der kommenden Woche statt.

Frau Labouvie empfiehlt die Federführung einer solchen Arbeitsgruppe der Verwaltung zu übertragen. Sie schlägt vor, dass jede Sitzung der Arbeitsgruppe durch ein Mitglied des Ausschusses unterstützt werden könnte.

Frau Dr. Gelinek verweist darauf, dass die Errichtung der Arbeitsgruppe seitens der Verwaltung eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen würde. Neben der Beantragung von Fördermitteln, müssten ebenfalls personelle Kapazitäten geschaffen werden.

Die Ausschussmitglieder sind sich einig, dass die Arbeitsgruppe bestenfalls ehrenamtlich geführt wird.

Frau Labouvie möchte das Thema mit dem neuen Kenntnisstand in ihrer Fraktion beraten.

Herr Ritschel bietet seine Mithilfe für die Arbeitsgruppe an.

Die Ausschussmitglieder beschließen einstimmig, dass der Antrag AN 0264/2021 zur Beratung zurück in die Fraktion gestellt wird.

Der Ausschussvorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Madlen Zicker

Stralsund, 17.12.2021

# TOP Ö 4.2

## Vorschläge von Frau Corinth

Unser Anliegen ist:

gute Politik für Jugend machen, gemeinsam mit Jugend Politik gestalten und offen sein für selbstbestimmte Politik von der Jugend.

1. Welche Chancen und Möglichkeiten sehen Sie, ihre Zukunft in unserer Stadt mitzugestalten?
2. Wie würden Sie sich selbst am liebsten - bei relevanten Themen - engagieren und einbringen, konkrete Projekte mitgestalten?
3. Welche politischen Angebote sind notwendig, um es jungen Menschen zu ermöglichen, Verantwortung für sich selbst und für andere zu übernehmen?
4. Welche Formate, in denen junge Menschen als Expertinnen und Experten in eigener Sache agieren können, sind für eine möglichst breite und fundierte Beteiligung von Jugendlichen erforderlich? (Bsp. Werkstatt- Format, Austausch mit Politikern, Online-Format)

# TOP Ö 4.2

Beteiligung stärken! Die Jugend ins Parlament.

Christa Labouvie

Bürgerschaft Stralsund: Ausschuss Bildung, Hochschule, Digitalisierung  
Zuarbeit für Sitzung am 20.04.21

Fragen bzw. Gedanken zum Austausch mit Schülerinnen und Schüler

Idee: Alle Fragen (wo möglich) bewerten lassen mit einer Skala von 1 (geringster) - 10 = höchster  
Zuspruch

Vorschläge:

- 1) Wie groß ist das Interesse sich in die Parlamente einzubringen, sich aktiv zu beteiligen? Was sind die Beweggründe? Was soll erreicht werden?
- 2) Welche Unterstützung sollte durch die Erwachsenen erbracht werden? Was ist gewollt, was gewünscht, was nicht? Vorschläge von allen, die später nach Priorität gewichtet werden können.
- 3) Wie sollte die Mitbestimmung aussehen, wobei mit entscheiden – wie sind die Vorstellungen?
- 4) Ist der Wunsch vorhanden, sich grundsätzlich in Politik einzubringen oder sind eher einzelne Bereiche wichtig? Welche Bereiche sind das dann konkret?
- 5) Ist ein Büro für Beratungen notwendig? Wo soll das Jugendparlament ggf. beraten können, könnte es ein Büro im Rathaus sein? Oder besser außerhalb mit gleichzeitiger Anlaufstelle für interessierte weitere Jugendliche?
- 6) Soll der Bildungsausschuss generell Ansprechpartner werden? Oder ist ein einzelner konkreter Ansprechpartner, eine Partnerin evtl. angebrachter? Wie sind die Vorstellungen der Schülervertretungen?

Frage von mir:

- 1) Welche Sachmittel bzw. finanzielle Zuwendungen könnten wir ggf. dem Jugendparlament/der Jugendvertretung zukommen lassen?

Christa Labouvie, DIE LINKE, 19.04.21

# TOP Ö 4.2

## Fragen an Schüler\*innen

SPD an Madlen Zicker

24.11.2020 14:11

Von SPD/Fraktion/HansestadtStralsund/DE  
An Madlen Zicker/HansestadtStralsund/DE@HSTNOTES

Werte Frau Zicker,

im Auftrag der SPD-Fraktion möchte ich Ihnen gerne mitteilen, dass sich diese der drei Fragen an die Schüler\*innen von Dr. Jane Brückner anschließt.  
Ebenso würde die SPD-Fraktion diese gerne um die Frage:

Was erwartet ihr von dem Ausschuss und der Bürgerschaft?

ergänzen.

Mit freundlichen Grüßen

Erik Wendlandt  
Fraktionsgeschäftsführer

Hansestadt Stralsund  
Fraktion der Bürgerschaft  
SPD-Fraktion  
Rathaus  
Alter Markt  
18439 Stralsund

Tel.: 03831 252 218  
E-Mail: [spd.fraktion@stralsund.de](mailto:spd.fraktion@stralsund.de)  
Internet: [www.spd-fraktion-stralsund.de](http://www.spd-fraktion-stralsund.de)



AW: Einladung Ausschuss für Bildung, Hochschule und Digitalisierung am 17.11.2020

Brückner, Jane an MZicker@stralsund.de, info@stralsund.de, JKuhn@stralsund.de, Amtsleiter@stralsund.de, gleichstellung@stralsund.de, LRiedel@stralsund.de, cdu-fdp.fraktion@stralsund.de, bfs.fraktion@stralsund.de, spd.fraktion@stralsund.de, gruene.fraktion.stralsund@gmail.com, linke.fraktion@stralsund.de, AfD.Fraktion@stralsund.de, oberbuergemeister@stralsund.de, SHacker-Huebner@stralsund.de, SFielitz@stralsund.de 18.11.2020 14:08  
 Von "Brückner, Jane" <jane.brueckner@hochschule-stralsund.de>  
 An "MZicker@stralsund.de" <MZicker@stralsund.de>, "info@stralsund.de" <info@stralsund.de>, "JKuhn@stralsund.de" <JKuhn@stralsund.de>, "Amtsleiter@stralsund.de" <Amtsleiter@stralsund.de>, "gleichstellung@stralsund.de" <gleichstellung@stralsund.de>, "LRiedel@stralsund.de" <LRiedel@stralsund.de>, "cdu-fdp.fraktion@stralsund.de" <cdu-fdp.fraktion@stralsund.de>, "bfs.fraktion@stralsund.de" <bfs.fraktion@stralsund.de>, "spd.fraktion@stralsund.de" <spd.fraktion@stralsund.de>, "gruene.fraktion.stralsund@gmail.com" <gruene.fraktion.stralsund@gmail.com>, "linke.fraktion@stralsund.de" <linke.fraktion@stralsund.de>, "AfD.Fraktion@stralsund.de" <AfD.Fraktion@stralsund.de>, "oberbuergemeister@stralsund.de" <oberbuergemeister@stralsund.de>, "SHacker-Huebner@stralsund.de" <SHacker-Huebner@stralsund.de>, "SFielitz@stralsund.de" <SFielitz@stralsund.de>

Liebe Frau Zicker,

ich möchte bezugnehmend auf die gestrige Ausschusssitzung meine Vorschläge für die drei Fragen an die Schüler\*innen senden:

1. Welche Themen treiben Euch zur Zeit um?
2. Bei welchen Entscheidungen wollt Ihr mehr Mitsprache haben?
3. Wie möchtet Ihr Euch in die politische Arbeit der Stadt und der Region einbringen?

Freundliche Grüße von Jane Brückner

Dr. Jane Brückner  
 Leiterin der Hochschulkommunikation

**HOST - Hochschule Stralsund** – University of Applied Sciences  
 Zur Schwedenschanze 15  
 18435 Stralsund

Fon +49 3831 456528  
 Fax +49 3831 456640  
[www.hochschule-stralsund.de](http://www.hochschule-stralsund.de)

**Von:** MZicker@stralsund.de <MZicker@stralsund.de>

**Gesendet:** Montag, 9. November 2020 12:02

**An:** info@stralsund.de; JKuhn@stralsund.de; Brückner, Jane <jane.brueckner@hochschule-stralsund.de>; Amtsleiter@stralsund.de; gleichstellung@stralsund.de; LRiedel@stralsund.de; cdu-fdp.fraktion@stralsund.de; bfs.fraktion@stralsund.de; spd.fraktion@stralsund.de; gruene.fraktion.stralsund@gmail.com; linke.fraktion@stralsund.de; AfD.Fraktion@stralsund.de; oberbuergemeister@stralsund.de; SHacker-Huebner@stralsund.de; SFielitz@stralsund.de

**Betreff:** Einladung Ausschuss für Bildung, Hochschule und Digitalisierung am 17.11.2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Unterlagen zur o.g. Sitzung stehen Ihnen in den Portalen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen  
im Auftrag

Madlen Zicker

Hansestadt Stralsund  
Amt für zentrale Dienste  
Büro des Präsidenten d. Bürgerschaft/Gremiendienst  
PF 2145  
18408 Stralsund

Tel.: 03831 252 215

Fax:

E-Mail: [MZicker@stralsund.de](mailto:MZicker@stralsund.de)

Web: [www.stralsund.de](http://www.stralsund.de)